

Presseinformation

Europaweite Durchsuchungen gegen Abnehmer der Smartphone-Schadsoftware „DroidJack“ wegen des Verdachts des Ausspähens von Daten und des Computerbetruges

In einem Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main - Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) - und des Bundeskriminalamtes wegen des Verdachts des Ausspähens von Daten und des Computerbetrugs haben Polizeibeamte mehrerer Bundesländer am 27.10.2015 die Wohnungen von 13 Tatverdächtigen in Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen durchsucht.

Den Beschuldigten im Alter zwischen 19 und 51 Jahren wird zur Last gelegt, in den Jahren 2014 und 2015 über das Internet die Smartphone-Schadsoftware „DroidJack“ erworben und eingesetzt zu haben. Die Schadsoftware ist für Mobiltelefone mit dem Betriebssystem Android konzipiert und eröffnet die Möglichkeit, die Kontrolle über das infizierte Smartphone vollständig zu übernehmen. Mit der Schadsoftware können unter anderem der Datenverkehr überwacht, Telefongespräche und Umgebungsgespräche heimlich abgehört sowie mit der Smartphone-Kamera heimlich Bildaufnahmen gefertigt werden. Des Weiteren können von dem infizierten Gerät Telefonate initiiert sowie SMS versandt, Daten eingesehen und verändert sowie der Standort des Smartphones lokalisiert werden. Die Schadsoftware ist insbesondere beim sog. „Phishing“ im Online-Banking von erheblicher Bedeutung, da sie das Erlangen der „Mobile-TAN“ ermöglicht.

Die Software ist kein sogenanntes „dual-use“-Tool, welches beispielsweise von IT-Sicherheitsfirmen zu Sicherheitstests eingesetzt wird, sondern dient ausschließlich dazu, kriminelle Handlungen zu begehen. Die Infektion von Smartphones durch die Schadsoftware kann unter anderem dadurch erfolgen, dass legale Programme, wie etwa Smartphone-Computerspiele, mit einem Schadcode infiziert werden. Die Schad-

software ist derart konzipiert, dass sie auch von versierten Smartphone-Nutzern nicht ohne weiteres entdeckt werden kann.

Das multinationale Ermittlungsverfahren wurde von der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main initiiert, die mehrere internationale und europäische Partner beteiligte und für einen gemeinsamen Aktionstag am 27.10.2015 gewinnen konnte. Die Koordination des Ermittlungsverfahrens auf internationaler Ebene erfolgte durch Europol und Eurojust. Neben den Durchsuchungen in Deutschland erfolgten auch Durchsuchungsmaßnahmen in Großbritannien, Frankreich, Belgien und der Schweiz

Die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main bedankt sich bei den internationalen und europäischen Partnern, dem Bundeskriminalamt und den befassen Polizeidienststellen der Länder für die gute Zusammenarbeit.

gez. Alexander Badle
Oberstaatsanwalt

Informationen zur ZIT:

Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität ist am 01.01.2010 als Außenstelle der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main mit Sitz in Gießen errichtet worden. In der Zentralstelle werden hessenweit Ermittlungsverfahren wegen besonders schwerwiegender oder umfangreicher Internetstraftaten bearbeitet. Die ZIT ist auch erster Ansprechpartner des Bundeskriminalamts für Internetstraftaten bei noch ungeklärter örtlicher Zuständigkeit oder bei Massenverfahren gegen eine Vielzahl von Tätern bundesweit.